

01) Wo werden Journalisten umgebracht?

Von Dr. Matevž Tomšič

14. 08. 2021



Dr. Matevž Tomšič · Foto: *fakulteta.doba.si*

Der Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission zum Mord an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia wurde kürzlich veröffentlicht. Wir erinnern uns, dass sie 2017 bei einer Autobombenexplosion in der Nähe ihres Hauses getötet wurde. Schon bald gab es Hinweise darauf, dass Personen, die der damaligen sozialistischen Regierung unter Joseph Muscat nahe standen, in den Mord verwickelt waren. Nun aber stellt dieser Bericht eindeutig fest, dass die maltesische Regierung (mit-)verantwortlich ist für den Tod einer Journalistin, die über Korruptionsgeschäfte recherchierte, in die angeblich hochrangige Regierungsbeamte verwickelt waren, weil sie sie nicht ausreichend vor der drohenden Gefahr geschützt hat.

Es wird interessant sein zu sehen, ob diese Ergebnisse Reaktionen seitens der europäischen politischen Strukturen hervorrufen werden, da sie auf eine sehr besorgniserregende Situation in diesem Inselstaat im Mittelmeer hinweisen – sowohl in Bezug auf die Medienfreiheit als auch auf die Rechtsstaatlichkeit. Dies sind zwei Bereiche, die von den Institutionen der Europäischen Union (zu Recht) als besonders sensibel und wichtig für das Funktionieren der Demokratie hervorgehoben werden. Und die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, der die maltesische Regierungspartei angehört, will unbedingt mit dem Finger auf die angeblichen Verstöße zeigen, die in einigen europäischen Ländern stattfinden – natürlich in den Ländern, in denen die Rechten an der Macht sind. Und sie ziehen in der Regel auch die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen in den

europäischen Institutionen auf sich. Aber wie wird zum Beispiel Tanja Fajon, die Vorsitzende der Sozialdemokraten und Europaabgeordnete, reagieren, nachdem die Unregelmäßigkeiten ihrer politischen Weggefährten aufgedeckt worden sind?

Seit mehreren Jahren stellt sie Polen und Ungarn „an den Pranger“ und sagt, dass die dortigen Behörden die Justiz unterdrücken, ihre eigenen Leute in allen Schlüsselpositionen der öffentlichen Einrichtungen einsetzen, die Staatsgeschäfte für ihre eigenen Anhänger erleichtern – und natürlich die Freiheit der Medien einschränken. Seit dem Amtsantritt der Regierung von Ministerpräsident Janez Janša im vergangenen Jahr versucht auch Slowenien, sich dieser Gruppe anzuschließen, wobei Janšas innenpolitische Gegner eine wichtige Rolle spielen. Tatsache ist jedoch, dass in keinem der „inkriminierten“ Länder ein Journalist ermordet wurde. Es hat auch keine ernsthaften physischen Angriffe durch Personen gegeben, die mit den derzeitigen Behörden in Verbindung stehen. In Slowenien werden solche Anschläge in der Regel von Gegnern der Janša-Regierung verübt. Unterdessen können verschiedene linke Journalisten und Meinungsführer, die ständig erklären, wie bedroht sie sind, nicht schlüssig beweisen, was ihnen konkret „Schreckliches“ widerfahren ist. Das Beste, was sie vorweisen können, sind die verschiedenen beleidigenden Schriften der regierenden Politiker und ihrer Unterstützer. Aber das ist keineswegs das Schlimmste, was einem Menschen passieren kann. Fast jeder, der sich in der Öffentlichkeit äußert, ist von Zeit zu Zeit solchen „Angriffen“ ausgesetzt.

Werden sich Timmermans und in't Veld mit der ernststen Lage in ihrem Land befassen?

Angriffe auf Journalisten und andere Medienschaffende finden jedoch auch in Westeuropa, in den so genannten „Kern“-Mitgliedstaaten der Europäischen Union, statt. So wurde beispielsweise der bekannte Enthüllungsjournalist Peter de Vries, der wie Caruana Galizia über Kriminalität und Korruption berichtet hatte, kürzlich in den Niederlanden ermordet. Und die eigentliche Ironie ist, dass dies in einem Land geschah, dessen Politiker sehr gerne auf die problematische Lage der Medien in anderen Ländern hinweisen. Was haben der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, oder die Europaabgeordnete Sophie in 't Veld dazu zu sagen? Wird sie eine ihrer Sitzungen im Rechtsstaatlichkeitsausschuss der Situation in ihrem eigenen Land widmen (so wie sie sich mit der Mediensituation in Slowenien befasst hat)?



Sophie in't Veld · Bildquelle: Demokracija

Es liegt auf der Hand, dass Journalisten in Ländern, in denen „fortschrittliche“ politische Kräfte an der Macht sind, nicht sicherer sind als im „rückständigen“ Mitteleuropa. Es wäre angebracht, die Situation in verschiedenen Gebieten mit demselben „Maßstab“ zu beurteilen, insbesondere dort, wo es ernsthafte Probleme oder sogar Bedrohungen für die demokratische Ordnung gibt.

Dr. Matevž Tomšič ist Soziologe, Professor an der slowenischen Fakultät für angewandte Sozialstudien und Präsident des Verbands der Journalisten und Publizisten.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) EU: Warum nicht Wien statt Brüssel? – ein Gedankenspiel

Ein Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

13. 08. 2021



Dr. Norbert van Handel

Für politische Entwicklungen ist weniger entscheidend, ob momentan reale Möglichkeiten bestehen, sondern viel mehr eine klare Ausrichtung dessen, was man will oder dessen, was sein könnte.

Vor Kurzem traf sich eine hochkarätige Diskussionsrunde, um die weitere Entwicklung und die Gesamtproblematik der EU zu diskutieren.

Die Diskussionsthemen waren kurz zusammengefasst folgende:

Zum „Great Reset“

Klaus Schwab, der das World Economic Forum, das jährlich in Davos tagt, gegründet hat, stellte nun im Mai 2020 mit „The Great Reset“ (der große Neustart) eine Initiative vor, die eine Neugestaltung der weltweiten Gesellschaft und Wirtschaft vorsieht.

Wesentliche Vorschläge darin sind die **Auflösung der klassischen Nationalstaaten und deren Mittelschichten**, eine **gezielte Multikulturalisierung** und alles in allem eine neue politische, ökonomische und gesellschaftliche Ordnung, die von **Globalisierung und den Interessen globaler Konzerne und Machtstrukturen geprägt ist**.

Insgesamt ein freiheitsfeindliches, antinationales und auch mittelstandsfeindliches Konzept.

In der Diskussion wurde gemeinsam festgestellt, dass die Brüsseler EU im Wesentlichen diesen Gedanken folgt.

Getragen von einem schwachen Deutschland, den regenbogenfarbenen Benelux-Staaten und einem zerrissenen Frankreich, das hofft nach wie vor französische Supremate in verschiedenen Bereichen aufrechterhalten zu können.

Die Theorie Herrn Schwabs ist, wie alle Gedankenkonstrukte, legitim.

Sich dagegen auszusprechen ebenfalls.

Mit Sicherheit nicht legitim ist, dass die EU, ohne auch nur in irgendeiner Weise den Volkswillen zu erfragen oder gar diesen zu berücksichtigen, quasi durch die Hintertür und vielfach ohne auf die europäischen Verträge Rücksicht zu nehmen, knallhart die Entnationalisierung und Entchristlichung Europas exekutiert.

Zu den größten Schwächen der EU

- Statt, wie es die Gründerväter der EU vorsahen, **in erster Linie Frieden in Europa und in zweiter Linie einen gemeinsamen Markt zu schaffen**, geht Brüssel **gnadenlos den Weg einer Unionisierung der derzeit 27 Mitgliedsländer**. Nicht ein Vaterland der Vaterländer wurde geschaffen, sondern eine hyperbürokratische Institution, die weit von jenen Menschen entfernt ist, die sie verwalten will, lenkt die Gemeinschaft.
- **Eine rein USA-zentrierte Außenpolitik gefällt sich darin, Russland ständig zu maßregeln und sogar China mit wirkungslosen, aber wirtschaftsschädlichen Sanktionen zu verärgern.**
- Die **Verteidigungspolitik geht gegen Null** und wird, wenn überhaupt, nur sehr teilweise von wenigen Nationalstaaten (z.B. Griechenland) erkannt.

- Die Immigrationspolitik fördert **konsequent das Hereinströmen kulturfremder Immigranten**, die schon jetzt die Sicherheit der einzelnen Staaten extrem schwächt.
- Das Christlich-Abendländische in Europa wird zur Makulatur – die Worte **Otto von Habsburgs**: „**Entweder ein christliches Europa oder gar kein Europa**“, die sich auf die Intentionen der Gründerväter stützten, verhallen im luftleeren Raum.
- **Jene tapferen mittelosteuropäischen Staatsmänner, an der Spitze Viktor Orbán, werden zu Feindbildern stilisiert.**
- **Die Mitgliedschaft bei der NATO** der überwiegenden Zahl der Mitglieder, **fördert eine, zumindest gedankliche, Kampforganisation der USA**, bindet ihre Mitglieder daran und verhindert eine **positive Äquidistanz zu den anderen großen weltpolitischen Playern.**

Einstimmig kam man in der Diskussion zum Schluss, dass dies ein Europa ist, das die überwiegende Anzahl der Menschen, zumindest in Ost- und Mitteleuropa, nicht will.

Zur politischen Geographie

Sieht man sich die europäische Landkarte an, so tritt sehr schnell zutage, dass Brüssel heute am nordwestlichen Rand Europas liegt und seinen großen Partner im Westen, das Vereinigte Königreich, verloren hat.

Die Nachbarn Brüssels sind Deutschland, Frankreich und die anderen Benelux-Staaten.

Das Zentrum der EU hat sich jedoch gravierend nach Osten verschoben. Wenn noch der Westbalkan zur EU kommt, wird diese Verschiebung noch stärker sichtbar sein.

Von den rund 450 Millionen Einwohnern der EU macht der mitteleuropäische, süd- und ostmitteleuropäische Teil mit Deutschland etwa 283 Millionen, ohne Deutschland etwa 200 Millionen aus. Also jeweils zwischen 60 und 40 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Große Ländermassen sollten immer im Wesentlichen von der Mitte aus regiert werden, da nur so eine einigermaßen konstruktive Politik mit allen Partnern möglich ist. Konstruktiv heißt in diesem Zusammenhang, **dass das Zentrum die Wünsche, Vorstellungen und Kulturen der Länder, die es administriert, nicht nur erkennen, sondern auch psychologisch erfüllen muss.**

Der kalte liberalistische Internationalismus unter US-Vorherrschaft, den Brüssel vorgibt, ist langfristig kein Modell, das die Menschen in Europa wollen.

Deren Meinung nicht zu erfragen, wird zum System. Man will die Menschen von oben manipulieren, ohne Rücksicht auf den Mehrheitswillen.

Auch im Nationalsozialismus gab es nach der Machtergreifung Hitlers keine freien Wahlen mehr, die mit größter Wahrscheinlichkeit die ärgsten Auswüchse des Nationalsozialismus vermieden hätten.

Zum Standort Wien

Unabhängig von der derzeitigen aktuellen und teilweise unerfreulichen politischen Situation, **ist der Genius jener Reichs- und Residenzstadt, die durch ein halbes Jahrtausend Europa und dann Mitteleuropa beherrschte, noch nicht ganz verschwunden.**

Auch die Kompromissfähigkeit zeichnet Österreich aus.

Erinnert darf in diesem Zusammenhang an den Ausspruch von **Kaiser Franz Josef** werden: „**Wenn alle Völker ein bisschen unzufrieden sind, weiß ich, dass ich richtig regiert habe.**“

Nun, Persönlichkeiten dieser Art sind in **einer Demokratie, die keine ist sondern von Parteien dominiert wird, die allen jenen oft ausgezeichneten Experten den Weg in die Politik versperren**, nicht vorgesehen. **Europa leidet darunter, nur merken es viele nicht.**

In jedem Falle hätte Wien große Vorteile, so die Meinung der Diskutanten:

- Es liegt wesentlich **mehr in der Mitte** als Brüssel
- Die, wenn auch stark reduzierte, **politische Kultur** ist immer noch **völkerverbindend** und nicht **völkertrennend**
- **Alte Wurzeln** zu den verschiedenen Völkern, die seit Jahrhunderten miteinander vereint waren, **bestehen noch**, zumindest zu kleinen aber wichtigen Teilen
- In den Genen der österreichischen Politik, so sehr die heutige zu Recht kritisiert wird, liegt immer noch **die Erinnerung an die Gefahr aus dem Osten (Türken vor Wien 1529 und 1683!)** und daher ein **gesundes Misstrauen** gegen einen politischen und alle Bereiche des Staates durchflutenden Islam.
- **Wien ist Sitz zahlreicher internationaler Organisationen** und vor allem ist Wien neutral oder sollte es zumindest sein.

Möglichkeiten:

- An dieser Stelle wurde schon des Öfteren gefordert, dass **mit „M7“ sich eine Gruppe innerhalb der EU bilden sollte, die jene Länder, die traditionell miteinander verbunden waren und zwar ökonomisch, militärisch, kulturell und religiös, dringend zusammenbringen sollten**, um ein Gegengewicht gegen den turbokapitalistischen, liberalistischen Westen und Nordwesten herzustellen.
- Die **Einflusszone, von Wien ausgehend, vor allem auch in Ostmitteleuropa**, mit dem Westbalkan aber auch Bulgarien und Rumänien und schließlich auch Griechenland, **ist mit Sicherheit wirkungsmächtiger als die von Brüssel.**
- **Die Verteidigung Europas, die ja im Süden und Südosten stattzufinden hat, könnte von Wien aus wesentlich besser organisiert werden**, als dies von Brüssel ohne jeden Erfolg nicht einmal versucht wird.

Es scheint natürlich alles andere als wahrscheinlich, dass es heute realistisch wäre, die EU zur Gänze von Brüssel abzuziehen.

Großkapital und Bürokratie in der belgischen Hauptstadt würden das verhindern.

Es wäre aber zumindest anzudenken, **Straßburg**, als zweiten Parlamentssitz, das ja nur als Kompliment gegenüber Paris zu sehen ist und ansonsten alle EU-Länder teuerst belastet, **nach Wien zu verlegen.**

Es wäre durchaus möglich und auch wünschenswert, **die EU dergestalt zu teilen, dass der westliche Teil von Brüssel und der östliche Teil von Wien bespielt wird.**

Das gemeinsame Ganze könnte unter der Devise Frieden in Europa und der vier großen wirtschaftlichen Freiheiten gesehen werden.

Für eine Teilung wäre der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867 ein Beispiel.

Zur sich bildenden patriotischen Front

jene Parteien, die freie Menschen in freien Gesellschaften wollen, hätten einen guten Ansatzpunkt, soweit sie sich als (zweitstärkste!) Fraktion im Parlament gebildet haben, neben den vielen Sachfragen, **auch die Standortfrage der EU, im Sinne des oben Beschriebenen, zu diskutieren und zu fordern.**

Die bürgerlichen Freiheiten, die in Deutschland und Österreich 1848 erkämpft wurden, müssen wieder neu erobert werden.

Wie gesagt, ein Gedankenspiel, wobei Gedankenspiele das Privileg haben, sich abseits der Realpolitik in Richtung von Zielen bewegen zu können, die heute schwer denkbar, morgen aber vielleicht da oder dort Realität werden könnten.

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen
Mainstream auftreten.

Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.
Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Chinesischer Containerverkehr nimmt weiter zu

Von Gyula Jámbor

12. 08. 2021



"东风" 中欧班列 (China-Europa-Express "Ostwind") · Bildquelle: Magyar Nemzet

Der Schienenverkehr zwischen China und Europa ist in der ersten Jahreshälfte um fünfzig Prozent gestiegen, wobei der Mai besonders stark war und das höchste Verkehrsaufkommen aller Zeiten brachte.

Um die wachsende Zahl von Containern zu bewältigen, bauen die Schienenlogistikunternehmen in der eurasischen Region ihre Transportkapazitäten weiter aus, entwickeln Technologien zur Bereitstellung digitaler Dienstleistungen und sorgen für erschwingliche Transportpreise, sagte Alexey Grom, CEO der United Transport and Logistics Company – Eurasian Rail Alliance (UTLC ERA), in einem Interview, das von XinhuaNet.com veröffentlicht wurde.

In der ersten Jahreshälfte 2021 wurden insgesamt 336.500 TEU (Container in Standardgröße) transportiert, rund 50 Prozent mehr als im Vorjahr, so die Daten der UTLC ERA, die von der russischen, kasachischen und weißrussischen Eisenbahn gemeinsam betrieben wird.

Im Mai dieses Jahres erreichte das monatliche Transportvolumen 61 500 TEU, ein Rekord für die Anzahl der in einem Monat beförderten Container seit Bestehen des Unternehmens.



Chinesische Container auf dem Weg zum BILK-Frachtterminal in Budapest · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

- Wir gehen davon aus, dass sich das jährliche Verschiffungsvolumen in diesem Jahr 700.000 TEU nähern wird, was einen neuen Jahresrekord bedeuten könnte. Gleichzeitig sind die Aufrechterhaltung der Transportgeschwindigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit, die Zuverlässigkeit und die Sicherheit ebenfalls sehr wichtig“, erklärte Grom. Nach Angaben des Unternehmens transportieren die Container Elektronik, Maschinen und Autoteile, die 80 Prozent der zwischen China und Europa verschifften Waren ausmachen. Auch das Volumen der Medizin- und Gesundheitsprodukte zeigte eine starke Wachstumsdynamik.

Alexey Grom sagte, dass die Entwicklung des elektronischen Handels eine positive Rolle für das Wachstum des Güterverkehrs zwischen China und Europa spielt. Das Betriebsmodell des elektronischen Handels erfordert eine schnellere Lieferung von Waren, was ein sehr vielversprechender Bereich ist, auf den sich das Unternehmen derzeit konzentriert und seine Dienstleistungen weiter ausbauen wird. Um die steigende Zahl von Zügen zwischen China und Europa zu bewältigen, hat das Unternehmen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, wie die Verlängerung von Güterzügen und die Entwicklung neuer Containerterminals. Laut Grom hat sich die Zuverlässigkeit und Sicherheit des Schienenverkehrs während der Coronavirus-Epidemie besonders bewährt. Für viele Unternehmen, die in Europa und China Handel treiben, wurde der Schienentransport zu einer praktikablen Alternative zum See- und Straßentransport.

Über Russland nach Mitteleuropa

Rail Cargo Logistics-RUS, die russische Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) mit mehr als 60 Spezialisten, plant, in naher Zukunft die Anzahl der Züge von Xi'an (China) und einigen anderen chinesischen Städten zum BILK-Logistikzentrum in Budapest zu erhöhen, von wo aus die Fracht verteilt und in europäische Städte transportiert wird. Russland erstreckt sich mit einer Fläche, die zweihundertmal so

groß ist wie Österreich, über zwei Kontinente. Die russische Tochtergesellschaft der ÖBB Rail Cargo Group hat das Ziel, die Wirtschaftszentren Mittel- und Westeuropas mit den asiatischen Regionen zu verbinden.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER